

NIEDERSCHRIFT

über die **15.** Sitzung **des Planungs- und Umweltausschusses** (XVI. Wahlperiode)

Tag der Sitzung: **21.02.2019**
Ort der Sitzung: GV, Zentrum, Kreishaus Grevenbroich
Kreissitzungssaal (1. Etage)
Auf der Schanze 4, 41515 Grevenbroich
(Tel. 02181/601-2171 und -2172)
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:05 Uhr
Den Vorsitz führte: Hans Christian Markert

Sitzungsteilnehmer:

• CDU-Fraktion

- | | |
|---------------------------------|---|
| 1. Herr Volker Bäumken | Vertretung für Herrn Willy Lohkamp |
| 2. Frau Maria Decker | Vertretung für Herrn Wolfgang Kaiser bis
17.45 Uhr |
| 3. Herr Hans Ludwig Dickers | |
| 4. Herr Reiner Geroneit | |
| 5. Herr Rudolf Graaff | |
| 6. Herr Werner Moritz | Vertretung für Herrn Thomas Welter |
| 7. Herr Hans Georg Schröder | |
| 8. Herr Antonius Suppes | Vertretung für Frau Norma Köser-Voitz |
| 9. Herr Klaus Peter Trost | Vertretung für Herrn Wolfgang Kaiser ab
17.45 Uhr |
| 10. Herr Wolfgang Wappenschmidt | |
| 11. Herr Johann-Andreas Werhahn | |

• SPD-Fraktion

12. Frau Doris Hugo-Wissemann
13. Herr Wolfgang Kaisers
14. Frau Barbara Romann
15. Herr Rainer Schmitz
16. Herr Christian Stupp
17. Frau Marie-Jeanne Zander

• Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

- | | |
|---------------------------------|--|
| 18. Frau Julia-Kathrin Edelburg | Vertretung für Herrn Matthias Molzberger |
| 19. Frau LL.M. Nilab Fayaz | |

20. Herr Hans Christian Markert

- **FDP-Fraktion**

21. Herr Walter Boestfleisch

Vertretung für Herrn Tim Tressel

22. Herr Gerhard Heyner

23. Herr Gerd Schorn

Vertretung für Herrn Markus Schumacher

- **Fraktion UWG Rhein-Kreis Neuss/Aktive Bürgergemeinschaft - Die Aktive**

24. Herr Dr. Heinrich Kalthoff

- **Freier Demokratischer Bund RKN**

25. Herr Karl-Heinz Rönne

- **Parteilose**

26. Frau Kirsten Eickler

- **Verwaltung**

27. Frau Gabriele Bemba

28. Herr Norbert Clever

29. Herr Volker Große

30. Herr Dezernent Karsten Mankowsky

31. Frau Ines Manolias

32. Frau Barbara Maus

33. Herr Ulrich Schmitz

anwesend bis 17.45 Uhr

34. Frau Anna-Elisa Schoenauer

35. Frau Andrea Steins

- **Schriftführer**

36. Herr Karl-Heinz Oik

INHALTSVERZEICHNIS

Punkt	Inhalt	Seite
Öffentlicher Teil:		3
1.	Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit	3
2.	Bericht über Maßnahmen gegen das Insektensterben Vorlage: 68/3059/XVI/2019	4
3.	Bericht zur Umsetzung des Masterplan "Grün" Vorlage: 61/3120/XVI/2019	5
4.	Vermeidung von Plastikmüll im Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 68/3157/XVI/2019	6
5.	Anfrage der Fraktionen von CDU und FDP "Wasserstoff-Technologie und - Mobilität im Rhein-Kreis Neuss" Vorlage: 61/3178/XVI/2019	6
6.	Sachstandsbericht Grundwasser Vorlage: 68/3159/XVI/2019	7
7.	Mitteilungen	8
7.1.	Nutzung von öffentlichen Gebäuden zur Energieerzeugung über Solar- und Photovoltaikanlagen Vorlage: 68/3054/XVI/2019	8
7.2.	Sachstand Hochwasser- und Starkregenrisikomanagement im Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 68/3121/XVI/2019	9
7.3.	Sachstand Norf Vorlage: 68/3162/XVI/2019	9
7.4.	Bericht "Flurabstandsprognose im Rheinischen Revier" sowie Bericht aus den AG Monitoring Garzweiler II Vorlage: 68/3158/XVI/2019	10
8.	Anfragen	10

Öffentlicher Teil:

1. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Vorsitzender Herr Markert eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäß erfolgte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Er informiert über die leicht geänderte Tagesordnung. So sei die Anfrage zur Wasserstoff- Technologie und - Mobilität im Rhein-Kreis Neuss als TOP 5 in die Tagesordnung neu aufgenommen worden. **Vorsitzender Herr Markert** verweist auf die insgesamt 4 Tischvorlagen zu den Themen „Vermeidung von Plastikmüll“ (TOP 4), „Wasserstofftechnologie“ (TOP 5), „Grundwasser“ (TOP 6) und „Nutzung von öffentlichen Gebäuden zur Energiegewinnung“ (TOP 7.1).

2. Bericht über Maßnahmen gegen das Insektensterben Vorlage: 68/3059/XVI/2019

Protokoll:

Herr Mankowsky betont, dass dieses wichtige Thema bereits mehrfach im Planungs- und Umweltausschuss behandelt worden sei. Fachleute seien angehört und über geeignete Maßnahmen zum Gegensteuern sei intensiv diskutiert worden. Aufgrund der Brisanz habe sich die Verwaltung entschieden, für mehrere Monate eine Referendarin der Landespflege zu beschäftigen, die für das Planungs- und das Umweltamt den Insektenschutz forcieren solle. **Herr Mankowsky** informiert über deren Aufgabenbereiche. So solle die Referendarin unter anderem die verschiedenen Maßnahmen zum Schutze der Insekten abstimmen und weiter entwickeln sowie ein Netzwerk, gemeinsam u. a. mit den kreisangehörigen Kommunen, aufbauen.

Herr Mankowsky berichtet über den Einfluss der Landwirtschaft auf das Insektensterben. So erfolgen die zentralen Weichenstellungen über die EU, insbesondere über die Subventionen, die im Regelfalle nicht dem Insektenschutz dienen. Es gebe darüber hinaus allerdings auch andere Ursachen. Er hebt ein Beispiel hervor. So wolle eine kreisangehörige Kommune einen naturnahen Wirtschaftsweg aufgeben, inklusive hochwertiger Blühstreifen. So fördere man einerseits das Neuanlegen von Blühstreifen, andererseits werden bereits vorhandene, gewachsene und intakte Strukturen zum Insektenschutz ohne große Not wieder beseitigt. Trotz alledem sehe er im Kreisgebiet auch positive Entwicklungen. **Herr Mankowsky** schlägt vor, ein Aktionsbündnis für den Insektenschutz zu schließen.

Frau Fayaz erinnert an Herrn Dr. Sorg und seine Vorschläge zum Insektenschutz, insbesondere zu Abstandsregelungen zwischen Schutzgebieten und intensiv genutzten landwirtschaftlichen Flächen. **Frau Hugo-Wissemann** berichtet über erfolgversprechende Zwischenergebnisse aus dem Pilotprojekt an der K 27, wo der Kreis nur noch zweimal jährlich Bankettmäharbeiten durchführe. Aufgrund dieser positiven Erfahrungen sollen diese Regelungen auf die anderen Kreisstraßen übertragen werden. **Frau Hugo-Wissemann** wünscht, dass der Kreis in Sachen Insektenschutz mehr Öffentlichkeitsarbeit leiste, z. B. auf seiner Internetseite oder auch in Form von Flyern. **Herr Wappenschmidt** hebt hervor, dass die Ursachen des Insektensterbens noch nicht in Gänze erforscht seien. Er informiert, dass die Banquette an den Feldwegen jeweils nur bis auf eine Maximallänge von 400 m gemäht werden und schlägt vor, die hier tätigen Straßenbaulastträger auf die ökologischen Aspekte der Straßenränder hinzuweisen.

Herr Wappenschmidt sagt, dass man bei manchen Kahlschlägen an den Straßen den Eindruck gewinnen könne, als seien die ökologischen Diskussionen dort noch nicht angekommen. **Herr Stupp** stimmt diesem Eindruck zu. **Herr Wappenschmidt** sagt, dass die Agrarförderung mehr und mehr umwelt ausgerichtet werde. So müsse ein Landwirt inzwischen auf 5 % seiner Fläche ökologische Maßnahmen ergreifen. **Herr Dr. Kalthoff** verweist auf den Zeitdruck und sieht die intensive Landwirtschaft als Hauptursache für das Insektensterben an. **Frau Edelburg** fragt, ob nicht der anstehende Strukturwandel auch eine Chance für den Insektenschutz sein könne und fordert ein Gesamtkonzept. **Herr Kaisers** möchte mehr über die Agrarsubventionen wissen und über die Größenordnung des ökologischen Anteils. **Herr Wappenschmidt** führt aus, dass das Ergebnis für die Insekten gleich sei, egal ob das Unkraut durch Glyphosat oder durch Grubbern und Pflügen beseitigt werde. Die Nahrungsgrundlage falle auf der betreffenden Fläche natürlich in beiden Fällen weg. Die Bodenbearbeitung habe im Frühjahr allerdings noch den Nachteil, dass Nitrate mobilisiert werden und so

ins Grundwasser gelangen können. **Frau Eickler** schlägt vor, innerhalb größerer Felder Freiflächen für Insekten zu schaffen. Außerdem könne man durch Anpflanzungen spezieller Baumarten den Wildbienen helfen.

Vorsitzender Herr Markert fasst die verschiedenen Fragen zusammen, deren Beantwortung in das Aufgabenfeld der Referendarin fallen werde. Er bekräftigt, wie wichtig es sei, im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit für den Insektenschutz auch pädagogische Schwerpunkte zu integrieren. **Vorsitzender Herr Markert** formuliert nachfolgenden Beschlussvorschlag: Der Planungs- und Umweltausschuss stimmt dem Vorschlag der Verwaltung zu, ein Aktionsbündnis zum Insektenschutz zu gründen und fortlaufend über die Zwischenergebnisse zu berichten.

Beschluss:

Der Planungs- und Umweltausschuss stimmt dem Vorschlag der Verwaltung zu, ein Aktionsbündnis zum Insektenschutz zu gründen und fortlaufend über die Zwischenergebnisse zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

3. Bericht zur Umsetzung des Masterplan "Grün" Vorlage: 61/3120/XVI/2019

Protokoll:

Herr Große erklärt, dass der Name Masterplan aus der Anfangsphase entstamme und nun in die aussagekräftigere Bezeichnung „Entwicklungsplan Kulturlandschaft im Rhein-Kreis Neuss“ umgewandelt worden sei. Dieser Entwicklungsplan sei mittlerweile allgemein anerkannt, man habe sogar für den Bereich Kulturlandschaft die detaillierten Aussagen für den Rhein-Kreis Neuss in den Regionalplan überführen können. Er verweist auf die Sitzungsvorlage, in der die Fragen der SPD-Fraktion von der Verwaltung im Einzelnen beantwortet worden seien.

Herr Große betont, dass es sich bei diesem Entwicklungsplan um eine informelle, rein gutachterliche Angebotsplanung handle. Hauptaufgabe der Kreisverwaltung sei die Unterstützung einzelner Initiativen vorrangig der kreisangehörigen Kommunen. Als Beispiel benennt **Herr Große** das Projekt „Landschaftsgalerie Strategischer Bahndamm“, welches Rommerskirchen, Grevenbroich und Neuss betreffe. Hierzu habe man Gelder aus dem Förderinstrument „Förderung Grüne Infrastruktur“ akquirieren können.

Frau Hugo-Wissemann erkundigt sich zum Budget. **Herr Große** antwortet, dass nicht verwendete Mittel in das nächste Haushaltsjahr übertragen werden. **Herr Dr. Kalthoff** führt aus, dass durch die Flurbereinigung im Rhein-Kreis Neuss die alte Kulturlandschaft mit seiner ökologischen Ausprägung sehr gelitten habe. Er fragt, warum nicht flächendeckende Maßnahmen aller kreisangehörigen Kommunen zu einer ökologischen Rückentwicklung der Kulturlandschaft ergriffen werden. **Herr Große** antwortet, dass es sich bei dem Entwicklungsplan Kulturlandschaft um eine reine Angebotsplanung handle. Die Initiative zur Realisierung der vielfältigen Projektvorschläge müsse

daher von Dritten kommen. Er verweist diesbezüglich auf das Freiflächenentwicklungskonzept der Stadt Meerbusch, in der auch die Projektvorschläge des Entwicklungsplanes in vorbildlicher Weise aufgegriffen werden. In Ergänzung des Freiflächenkonzeptes werden zudem aktuell die Planungen zu den Altrheinschlingen und zur Limesstraße im Stadtgebiet Meerbusch konzipiert und durch die Kreisverwaltung begleitet.

4. Vermeidung von Plastikmüll im Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 68/3157/XVI/2019

Protokoll:

Vorsitzender Herr Markert verweist auf die Tischvorlage (**Anlage 1**).

Herr Mankowsky informiert daraus und stellt einige Beispiele heraus. So sei der Kreis eine Selbstverpflichtung eingegangen, bei Veranstaltungen auf die Nutzung von Einweggeschirr zu verzichten. Auch verwende die Verwaltung zukünftig nur noch Recyclingpapier. Bei der Beschaffung von Gegenständen werde auf Energieeffizienz, Langlebigkeit, Energieverbräuche usw. geachtet. In den Vergaberegeln des Kreises sei des Weiteren geregelt, dass bei der Vergabe von Aufträgen Aspekte des Umweltschutzes und der Nachhaltigkeit zu berücksichtigen seien.

Herr Mankowsky betont, dass für die Abfallberatung der Privathaushalte die kreisangehörigen Kommunen zuständig seien. Abfallvermeidung spiele auch in der Arbeitsgemeinschaft Abfallwirtschaft im Rhein-Kreis Neuss, kurz AKN, in der alle kreisangehörigen Kommunen und der Kreis Abfallthemen behandeln, eine große Rolle.

Frau Hugo-Wissemann informiert, dass in Deutschland jeder Bürger pro Jahr 208 kg Verpackungsabfall produziere, in Schweden jedoch nur 108 kg. **Herr Wappenschmidt** sagt, dass man dem Bürger besser vermitteln solle, was Nachhaltigkeit bedeute. **Herr Werhahn** betont, dass in Deutschland die Ware aufgrund gesetzlicher Vorgaben immer zu 100 % sicher und daher sehr aufwendig verpackt werden müsse, daher auch das Abfallmengenproblem. **Frau Eickler** verweist darauf, dass manche Geschäfte unverpackte Lebensmittel verkaufen, andere halt nicht. Da habe der Kunde Möglichkeiten, mit zu steuern.

Vorsitzender Herr Markert erklärt, dass Mikroplastik aus Zahnpasta, Duschgelen und Textilien in Kläranlagen mit 3 Reinigungsstufen nicht zurückgehalten werden könne und das Mikroplastik so in die Flüsse und schließlich in die Meere gelange. 4-stufige Kläranlagen dagegen, wie z. B. in Kaarst, die über eine 4. Stufe mit Membrantechnik verfügen, hielten das Mikroplastik zurück.

Herr Mankowsky und **Vorsitzender Herr Markert** verweisen auf die Wichtigkeit von Ökobilanzen. Nur so lasse sich vergleichen, welche Produkte bzw. Verpackungen ökologischer bzw. nachhaltiger seien.

5. Anfrage der Fraktionen von CDU und FDP "Wasserstoff-Technologie und -Mobilität im Rhein-Kreis Neuss" Vorlage: 61/3178/XVI/2019

Protokoll:

Herr Große verweist auf die Tischvorlage (**Anlage 2**) und fasst den aktuellen Sachstand zusammen. So habe sich der Rhein-Kreis Neuss gemeinsam mit Düsseldorf und Wuppertal mit Hilfe eines Grobkonzeptes erfolgreich für die Weiterqualifizierung als „Modellkommune/ -region Wasserstoff-Mobilität NRW“ beworben. Es stehen nun ca. 370.000 € Fördergelder zur Verfügung, um gemeinsam ein sogenanntes Feinkonzept

zu erstellen. Zunächst werden in diesem Konzept die bereits laufenden Aktivitäten und Projekte in Düsseldorf, Wuppertal und dem Rhein-Kreis konkret ermittelt und wenn sinnvoll und möglich, mit einbezogen. Ziel des Feinkonzeptes sei es, die gesamte Wertschöpfungskette abzudecken, von der Erzeugung über Speicherung, Transport bis hin zur Nutzung des Wasserstoffs im Personen- und Güterverkehr. **Herr Große** betont, dass der Kreis vor allem mit dem Chempark punkten kann, wo die Fa. Air Liquide bereits seit 2015 große Mengen an Wasserstoff herstelle. Er weist allerdings darauf hin, dass weitere zwei Regionen in NRW sich am Wettbewerb beteiligen, um Modellregion in Sachen Wasserstoff zu werden.

Herr Wappenschmidt betont, dass alternative Energien wie Wasserstoff und deren Erzeugung sowie Nutzung sich hervorragend in den beginnenden Prozess des Strukturwandels einbinden lassen. **Vorsitzender Herr Markert** verweist ebenfalls auf die Vorteile von Wasserstoff als nachhaltigem Energieträger. **Herr Schorn** fragt an, ob die Grobkonzeption als Anlage der Niederschrift beigefügt werden könne.

Anmerkung der Schriftführung: Das Grobkonzept kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht zur Verfügung gestellt werden, da es nicht öffentlicher Bestandteil des laufenden Wettbewerbsverfahrens mit den Regionen Köln und Steinfurt ist. Die Verwaltung wird in der nächsten Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses am 6. Juni über den Fortgang des Projektes und des Wettbewerbsverfahrens berichten.

6. Sachstandsbericht Grundwasser

Vorlage: 68/3159/XVI/2019

Protokoll:

Herr Clever verweist auf die Tischvorlage (**Anlage 3**). Da der Grundwasserspiegel aufgrund des langen, trockenen und heißen Sommers relativ niedrig stehe, seien seit der letzten Berichterstattung im November 2018 keine Maßnahmen zur Kappung von Grundwasserspitzen nötig gewesen. **Herr Clever** informiert über den Nordkanal. Der Vorstand des Wasser- und Bodenverbandes Nordkanal habe im Januar 2019 die Firma Erftverband aquatec GmbH beauftragt, ein Konzept zur Verbesserung des ökologischen Potentials zu erarbeiten.

Herr Dr. Kalthoff erinnert an die Nitrat-Problematik im Grundwasser. Er möchte aktuelle Daten und Ergebnisse aller Messstellen im Kreisgebiet und beantragt dieses. Ihn interessieren insbesondere die Grundwassermessstellen, die sich im Vorfeld der Wassergewinnungsanlagen befinden. **Vorsitzender Herr Markert** betont, dass die Verwaltung zuletzt in der 9. Sitzung in 2017 intensiv über die Thematik informiert habe. Die Verwaltung sagt schließlich zu, nach Aufarbeitung der Datenlage in einer der nächsten Sitzungen in geeigneter Weise über die Nitratgehalte im Grundwasser des Kreisgebietes zu informieren.

7. Mitteilungen

7.1. Nutzung von öffentlichen Gebäuden zur Energieerzeugung über Solar- und Photovoltaikanlagen

Vorlage: 68/3054/XVI/2019

Protokoll:

Frau Schönauer von der Projektgruppe „Photovoltaik und E-Mobilität“ aus dem Amt für Gebäudewirtschaft informiert mittels eines Powerpoint-Vortrags über den Zwischenbericht zur Überprüfung der kreiseigenen Dächer hinsichtlich der Eignung für Photovoltaik-Anlagen.

Anmerkung der Schriftführung: Der als Tischvorlage vorgelegte farbige Zwischenbericht (Anlage 4) und der Powerpoint-Vortrag (Anlage 5) sind aus Lesbarkeitsgründen der Papier-Version der Niederschrift nicht angehängt, sondern nur auf der Homepage des Rhein-Kreises Neuss für alle verfügbar abgelegt worden (Pfad: Verwaltung und Politik/Politik und Wahlen/Bürgerinfoportal/ Gremien/Planungs- und Umweltausschuss 21.02.2019/ Information)

Frau Schönauer betont, dass nachfolgende sechs Kernfragen bearbeitet und beantwortet worden seien:

- Welche kreiseigenen Gebäude eignen sich überhaupt für die Installation?
- Wie hoch sind die Kosten für eine Photovoltaikanlage?
- Wie viel des eigenen Strombedarfs kann durch Photovoltaik abgedeckt werden?
- Wie viel CO₂ kann eingespart werden?
- Ist der Betrieb der Anlagen durch den Kreis oder durch Partnerschaften vorteilhafter?
- Welche Förderprogramme könnten genutzt werden?

Frau Schönauer informiert, dass alle 49 kreiseigenen Gebäude bzw. Gebäudekomplexe nach dem Ampelprinzip auf Tauglichkeit untersucht worden seien. Sie verweist auf die detaillierte Tischvorlage betitelt mit „Zwischenbericht“. So bedeute rot, dass das Dach ungeeignet sei, z. B. wg. ungünstiger Ausrichtung, Beschattung oder Denkmalschutz. Gelb dargestellt seien die Dächer, die noch statisch zu überprüfen und schließlich grün dargestellt, insgesamt sechs Gebäude, die geeignet seien:

Die Berufsbildungszentren BBZ Dormagen, BBZ Grevenbroich, BBZ Hammfelddamm, das Gesundheitsamt in Grevenbroich, das Kulturzentrum Sinsteden und die Michael-Ende Schule in Neuss-Reuschenberg.

Frau Schönauer führt aus, dass die Frage, was vorteilhafter sei, Eigenbetrieb oder Partnerschaften, u. a. davon abhängen, wie hoch der Eigenverbrauch sei und wie hoch die Pachteinnahmen. Diese Frage muss folglich für jedes Gebäude gesondert beantwortet werden. Sie informiert über Vor- und Nachteile bei Kauf, Pacht oder Dachvermietung. Anhand des Standortes Kreisgesundheitsamt Grevenbroich referiert sie über die Details: Stromverbrauch, Grundlast, Eigenverbrauch, PV-Leistung, CO₂-Einsparung und führt schließlich eine betriebswirtschaftliche Betrachtung durch. Der Kauf sei hier am günstigsten und in Abhängigkeit der Strompreisentwicklung errechnet sie Amortisationszeiten von 8,5 bis 12 Jahren. Gleichzeitig werden Jahr für Jahr fast 20.000 kg CO₂ eingespart. **Frau Schönauer** betont abschließend, dass die Planungen für das Kreisgesundheitsamt und die beiden Berufsbildungszentren Hammfelddamm und Dormagen noch in diesem Jahr begonnen werden können.

Herr Wappenschmidt und **Herr Schorn** sprechen sich für eine Fortführung der vorgestellten Projekte aus. **Herr Schröder** fragt, ob Kosten für Reinigung der Module und für einen Austausch der Wechselrichter berücksichtigt worden seien. **Frau Schönauer** antwortet, dass alle diese Faktoren bei den Wirtschaftlichkeitsberechnungen einkalkuliert worden seien. **Herr Dr. Kalthoff** erkundigt sich zur Gefährlichkeit im Brandfalle, auch **Herr Heyner** sieht dies problematisch. **Frau Manolias** verweist auf die gesetzlichen Vorgaben, wonach eine Abschaltautomatik installiert werden müsse. Auch **Herr Werhahn** relativiert das Gefahrenpotential bei einem Feuer. **Frau Hugo-Wissemann** erinnert an frühere Wirtschaftlichkeitsberechnungen, in Zeiten, als die Einspeisegebühr wesentlich höher lag. **Frau Manolias** informiert, dass die Kosten für den Kauf einer Photovoltaikanlage in den letzten 10 Jahren um über 65 % gesunken seien. Auch liege der Focus heute mehr auf der Einsparung von CO₂, speziell durch Nutzung des selbst produzierten Stroms und nicht mehr auf der alleinigen Einspeisung. **Vorsitzender Herr Markert** fragt, ob mit dem erzeugten Strom auch Elektroautos geladen werden können. **Frau Schönauer** sagt, dass dieses prinzipiell möglich, bis dato aber nicht näher untersucht worden sei, da zusätzlich Energiespeicher installiert werden müssen, damit die Dienstwagen dann auch nachts mit Eigenstrom geladen werden können. **Vorsitzender Herr Markert** erkundigt sich zum Versicherungsschutz. **Frau Schönauer** antwortet, dass dieses mit der Versicherung geklärt und das Ergebnis dann auch eingepreist worden sei. **Frau Fayaz** erkundigt sich zu den Kosten von Untersuchungen der Dachstatik. **Frau Schönauer** sagt: Durchschnittlich 2.500 €. **Frau Manolias** betont abschließend, dass heute ein Zwischenbericht vorgestellt worden, ein Endbericht zu den geplanten Vorhaben in Arbeit sei, mit zusätzlichen und abschließenden Ausarbeitungen zum Thema.

7.2. Sachstand Hochwasser- und Starkregenrisikomanagement im Rhein-Kreis Neuss

Vorlage: 68/3121/XVI/2019

Protokoll:

Es erfolgen keine Wortbeiträge.

7.3. Sachstand Norf

Vorlage: 68/3162/XVI/2019

Protokoll:

Herr Dr. Kalthoff betont, dass es sich bei der Norf um ein sogenanntes Wechselgewässer handle. Das bedeute, dass gelegentliches Trockenfallen vollkommen natürlich sei. Solche Gewässer sollen aber trotzdem eingepflegt werden, da sie bei Starkregenereignissen zur besseren Entwässerung beitragen. **Herr Dr. Kalthoff** ergänzt, dass diese Aussagen auch auf den Trietbach zutreffen.

**7.4. Bericht "Flurabstandsprognose im Rheinischen Revier" sowie Bericht aus den AG Monitoring Garzweiler II
Vorlage: 68/3158/XVI/2019**

Protokoll:

Es erfolgen keine Wortbeiträge.

8. Anfragen

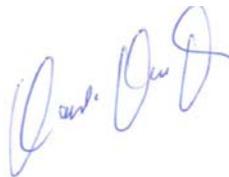
Es werden keine Anfragen gestellt.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schliesst **Vorsitzender Herr Markert** um 19:05 Uhr die Sitzung.

Herr Mankowsky weist auf eine Veröffentlichung des Erftverbandes mit dem Schwerpunktthema „Spurenstoffagenda Erft“ hin, die zum Mitnehmen ausgelegt ist.



Hans Christian Markert
Vorsitz



Karl-Heinz Oik
Schriftführung

